Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau

Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 3 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 2,75 Zł. Bei Postbezug monatl. 3,11 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 5 Zł. Danzig 3 Guld. Deutschland 2,5 Rentenmark. — **Einzelnummer 20 Groschen.** — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 20 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 20 bz. 100 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 155. Bromberg, Dienstag den 8. Juli 1924. 48. Jahrg.

Die Londoner Konferenz.

Von David Lloyd George.
(Im Londoner „Daily Chronicle“.)

Viele Gründe sprechen dafür, daß die bevorstehende Konferenz in London die günstigste Gelegenheit für die Wiederherstellung des Friedens ist, die sich Europa seit dem Waffenstillstand bietet.

Die Jahre, die seit dem Kriege verflossen sind, blieben nicht ohne Wirkung auf die häßlichen Leidenschaften, die erst nach und nach abebbten. In England ging diese Entwicklung schneller vor sich als in Frankreich, wie das nicht anders zu erwarten war. Die Verluste Frankreichs waren größer, und die Verwüstung des Landes durch den Krieg trat mehr in die Augen. Der Unterschied im Fortschreiten des Abkühlungsprozesses erklärt sich aus dem in beiden Ländern verschiedenen Grad der Auswirkung eigener innerpolitischer Schwierigkeiten während der letzten Jahre. Lange bevor Frankreich die Kriegspsychose überwand, hatte England eine vernunftgemäße Urteilsfähigkeit wieder erreicht. Poincaré stocherte ständig in der glühenden Asche und beschleunigte auf diese Weise, indem er die Glut der Luft aussetzte, den Abkühlungsprozeß. Damit ist eine weitere Tatsache erwähnt, die günstig auf die Aussichten der Londoner Konferenz einwirkt — das Ruhr-Fieber.

Als bei meiner letzten Zusammenkunft mit Poincaré die Ruhrfrage angeschnitten wurde, wurde er gewarnt, daß die von ihm beabsichtigte Politik ein gerüttelt Maß von Schwierigkeiten aber — kein Geld bringen würde. Seine Antwort war ein überlegenes Lächeln. Die Geste eines Mannes, der eben alles besser weiß.

Der von der Natur Frankreich vor die Nase gesetzte vollfette und appetitliche Käse führte alle französischen Ministerpräsidenten in Versuchung. Alle haben sie daran geschnüffelt — Clemenceau, Millerand, Briand und zuguterletzt Poincaré. Briand knabberte nur daran, Poincaré aber lief geraden Wegs in die Falle. Nach vergeblichen Bemühungen, die Beute fortzutragen, merkte er endlich zu seinem großen Erstaunen, daß Kohlenminen kein bewegliches Eigentum sind. Im Schweiße seines Angesichts säbelte er viele Monate an dem Käse und bekam kaum ein paar Bröckchen von der Rinde. Die französische Wählerschaft war enttäuscht über ihr Käsegericht und entließ den Küchenchef.

Herriot bereitet einen Speisezettel vor, auf dem die Ruhr nicht zu finden ist. Er ist der erste französische Ministerpräsident, der dieser Versuchung nicht unterlegen ist.

Es ist entschieden vorteilhaft, die Konferenz zu einer Zeit abzuhalten, da die Aufmerksamkeit der französischen Delegierten nicht mehr wie früher immer wieder von praktischen Vorschlägen zu dem reizvollen, aber gefährlichen Abenteuer am Rhein abschweifte. Bei allen vorangegangenen Konferenzen flüsterte der Teufel immer in die französischen Ohren: „Nehmt Essen, und die ungemessenen Reichtümer Westfalens werden Euer sein.“ Es war so leicht, sie zu ergreifen — Deutschland hatte keine Truppen, di eRuhr war ohne jede Schutzwehr, und in diesem ungeschützten Tal lag das reichste Industriegebiet des europäischen Kontinents. Wie Ali Baba brauchte Frankreich sich nur die Taschen mit den Schätzen zu füllen, die ihm zu Füßen lagen, und sie in Reparationen umzuwandeln.

Diese gleißende Täuschung ist nun in ein Nichts zerstoben. Englische und amerikanische Delegierte haben daher zum erstenmal seit dem Waffenstillstande mit einer französischen Staatskunst zu rechnen, die frei von Illusionen ist. Was das für den Fortgang der Verhandlungen zu bedeuten hat, können nur diejenigen beurteilen, die Jahre gegen die Besetzung der Ruhr kämpfen mußten.

Ich bin aber nicht sicher, ob nicht als größter Vorteil gegenüber allen vorhergegangenen Konferenzen die Teilnahme einer amerikanischen Delegation zu betrachten ist, die seit dem Vertrage von Versailles zum erstenmal auf diesen Konferenzen in die Erscheinung tritt. Seitdem Präsident Wilson Paris verlassen hat, wurde Amerika auf den internationalen Konferenzen nur durch Männer vertreten, die in der wenig schmeichelhaften Lage einfacher Berichterstatter waren. Sie waren stumm, aber nicht taub.

Die Entscheidung des Präsidenten Coolidge, einen Sachverständigen für den Ausschuß zur Lösung der Reparationsschwierigkeiten zu ernennen, kam ebenso plötzlich, wie die Kriegserklärung Wilsons. Es war Amerikas Friedenserklärung; sowohl für Frankreich wie für Deutschland ist es leichter, einem Druck nachzugeben, der von Amerika und nicht bloß allein von England ausgeht. Frankreichs Urteil wird nicht verdunkelt durch die Furcht vor einer Rivalität Amerikas, und Deutschland weiß genau, daß Amerikas guter Wille zur Wiederherstellung seines Kredits notwendig ist. Unter diesen Umständen kann die Konferenz nur durch unverständliche Dummheiten zu einem Mißerfolg werden.

So weit ich die Lage beurteilen kann, wird die Haltung Deutschlands durch zwei Erwägungen bestimmt werden. Einmal durch die Aussicht auf eine angemessene Anleihe, um die Währung wiederherzustellen, und zweitens durch die Haltung Frankreichs und Belgiens in der Frage der Räumung der Ruhr. Beim zweiten Punkt ergeben sich möglicherweise Schwierigkeiten Die Erklärungen Herriots sind ganz und gar nicht zufriedenstellend. Es scheint, daß Macdonald für eine unsichtbare Besatzung plädiert hat. Das ist eine der gewohnten Phrasen, für die er eine gewisse Schwärmerei besitzt. Die Idee war für Herriot zu nebelhaft, als daß er sie annehmen oder zurückweisen konnte. Er ist ein Geschäftsmann. Deshalb antwortete er mit der Forderung, Frankreich und Belgien freie Hand zu lassen. Will er die Ruhrbesetzung nur als Tauschobjekt für die Verhandlungen benutzen, dann mag noch alles gut gehen. Meint er aber seine Worte im Sinne Poincarés, dann gibt es ein Unglück.

Ich glaube, daß die Herriot-Regierung den Dawes-Bericht bona fide angenommen hat. Die verabschiedete reaktionäre Regierung nahm ihn auch an, aber es war klar, daß sie dabei einen Hintergedanken hatte. Unter irgendeinem Vorwand würde sie ihre militärische Umklammerung der Ruhr beibehalten haben, um zwei Ziele zu erreichen. Das erste schlummert tief in allen Herzen Frankreichs, das zweite ist tief versenkt in die Taschen vieler Franzosen. Das erste ist die Sicherheit der französischen Grenzen, das zweite die günstige Gelegenheit für französische Finanzleute. Viele Franzosen glauben wirklich, daß Frankreich niemals sicher ist, wenn nicht die Arsenale Deutschlands unter französischer Kontrolle sind. Französische Finanzleute und Schwerindustrielle glauben, daß die französische Industrie nur durch eine wirtschaftliche Kontrolle der Hilfsquellen vom Ruhrgebiet zu großer Blüte gelangen kann. Die Poincaré-Regierung konnte sich niemals von diesen Entschlüssen frei machen. Erst das Resultat der letzten französischen Wahlen machte die Diplomatie wieder frei, Herriot ist ein freier Mann. Der Erfolg der Konferenz wird davon abhängen, inwieweit er von dieser Freiheit Gebrauch macht. Ich glaube an einen Erfolg. Die Wahrzeichen sind günstig.

Paris schlägt Alarm!

Die Pariser Presse zeigt sich über das Memorandum, das die britische Regierung im Hinblick auf die bevorstehende Londoner Konferenz an die verbündeten Mächte gerichtet hat, sehr erregt. Einen besonders scharfen Ton schlägt das „Echo de Paris“ an. Das Blatt schreibt: Die Londoner Konferenz am 16. Juli könne für Frankreich sehr leicht **zu einem neuen Sedan** werden. Pertinax sucht in dem Bericht die Verwirrung zu schildern, die auf Grund der Veröffentlichung der „Morning Post“ am Quai d'Orsay geherrscht habe.

Pertinax wünscht zu erfahren, aus welchem Grunde das Foreign Office eine mündliche Einladung an Frankreich richtete, nach Brüssel, Rom, Washington und Tokio aber neben einer mündlichen Einladung gleichzeitig ein Memorandum gesandt habe. Pertinax will weiter wissen, daß der Berliner englische Botschafter dieselben Mitteilungen erhalten habe, wie seine Kollegen in anderen Hauptstädten. In welcher Form habe er die deutsche Regierung davon unterrichtet? Aufgabe der französischen Regierung wäre es, darüber sofort auf der Stelle Erkundigungen einzuziehen.

Das Wort wäre jetzt an Herriot. Es gäbe drei Möglichkeiten: Entweder sei Herriot der Gefangene des in der britischen Note beschriebenen Programms, oder er könne noch loskommen, wie jemand, „der von seinem Schneider loskommt, weil er mit der Farbe oder dem Schnitt des bestellten Anzuges nicht zufrieden ist und die Bestellung daher rückgängig macht“.

Die einseitige Regierungspolitik.

Rede des Abg. Artur Kronig zum Budget des Ministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge. Gehalten am 5. Juli.

Hoher Sejm! Der Charakter der Politik unserer gegenwärtigen Regierung wurde am besten durch die Rede des Herrn Ministerpräsidenten gekennzeichnet, die hier zu Beginn unserer Budgetberatungen gehalten wurde. Das Exposé des Herrn Premier war ausschließlich die Rede eines Finanzministers, in der nur in kurzen Sätzen und in ganz allgemeiner Art die Probleme der Gesamtpolitik unseres Staates berührt wurden. Diese einseitige Hervorhebung finanzieller Angelegenheiten, die die Rede des Herrn Ministerpräsidenten kennzeichnete, bildet den charakteristischen Zug der gesamten Regierungspolitik.

Die einseitige Finanzpolitik.

Diese Politik hat einen Zustand geschaffen, in dem sämtliche Gebiete der ausführenden Gewalt nicht nur der Finanzdiktatur untergeordnet wurden, sondern überhaupt ihren natürlichen Charakter der ausführenden Initiative verloren haben. Das Finanzministerium bildete die eigentliche Regierung, die anderen Gebiete des staatlichen Lebens waren so gut wie abgestorben; sie wurden nur insofern geleitet, als die Notwendigkeit sofortige Lösung erforderte. Es geschah dies dann selbstverständlich in der Linie des schwächsten Widerstandes, um sich nur nicht dem Kapital zu widersetzen, das Hindernisse in den Weg stellen konnte.

Die Folgen unserer Finanzsanierung haben es erwiesen, daß man eine reine Finanzpolittik ohne Berücksichtigung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens nicht betreiben kann. Die Finanzpolitik allein ist nicht imstande etwas zu bessern, und einseitig betrieben, wird sie in ihren Folgen sogar sehr gefährlich, geradezu katastrophal, wie wir das gegenwärtig erleben. Wenn die Regierung sich nicht dazu aufschwingen wird, das wirtschaftliche und soziale Leben bei ihrer Finanzpolitik zu berücksichtigen, so werden wir noch jahrelang mit den Schwierigkeiten der gegenwärtigen Zeit kämpfen müssen.

Der Arbeitsschutz ist Nebensache.

Eines der am meisten benachteiligten Gebiete unseres staatlichen Lebens ist das Gebiet des Arbeitsschutzes und der sozialen Fürsorge. Während ein großer Teil unserer Staatseinnahmen für unproduktive Zwecke verausgabt wird, bildet das Budget des Ministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge nur 1 Prozent der gesamten Staatsausgaben. Schon diese Ziffer allein weist darauf hin, daß die breiten Schichten des arbeitenden Volkes, die die Mehrheit der Bürger Polens bilden, diejenigen, die die größten Opfer zugunsten des Staates tragen müssen, in bezug auf die Fürsorge von seiten des Staates stark benachteiligt sind, denn der Staat tut für sie sehr wenig. Man kann doch keinesfalls behaupten, daß die vorgeschlagenen Kredite auch nur teilweise ausreichen, um die gerechten Forderungen der Arbeitenden zu befriedigen.

Es besteht ein grundsätzlicher Unterschied in den Anschauungen der Vertreter des Kapitals und unseren in bezug auf die Aufgaben des Staates auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes und der sozialen Fürsorge. Während die kapitalistischen Parteien im besten Falle nur bereit sind, die Arbeitermassen vor dem Sturz in das größte Elend zu schützen, verlangen wir, als Vertreter des werktätigen Volkes, in dieser Beziehung bedeutend mehr. Wir verlangen vom Staate einen auf breiter Grundlage beruhenden

Der Złoty (Gulden) am 7. Juli			
(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags).			
Danzig:	1 Dollar —	5,21—5,23	Złoty
	100 Złoty —	111	Gulden
Warschau:	1 Dollar —	5,21	Złoty
	1 Danz. Guld. —	0,91	Złoty
Rentenmark . . —		1,26	Złoty

Schutz der Arbeiterklasse vor den Folgen des kapitalistischen Ausbeutungssystems, wir verlangen die Sicherung der Existenz des Arbeiters und Angestellten. Wie notwendig eine solche Sicherung der Existenz der arbeitenden Schichten ist, beweist unsere gegenwärtige überaus schwierige Wirtschaftslage.

Die Krisis.

Die Krisis in der Industrie und im Handel spitzt sich in unerhörter Weise von Tag zu Tag mehr zu. Durch die Eindämmung der Markinflation und Einschränkung der gewaltigen nicht valorisierten Kredite, die der Wirtschaft zuflossen, und die Warennachfrage belebten, hat die künstlich geschaffene, daher ungesunde Konjunktur in der Industrie und im Handel ihren Todesstoß erhalten. Überall beginnen die Unternehmer in den verschiedensten Industriezweigen die Anzahl der Arbeitstage mehr und mehr einzuschränken und Teile ihrer Werke zu schließen; sogar vor einer gänzlichen Stillegung der Betriebe wird nicht zurückgeschreckt. Die Zahl der Arbeitslosen wächst mit ungeheurer Schnelligkeit, noch bedeutend größer aber ist die Zahl derer, die nur an zwei bis drei Tagen in der Woche arbeiten. Die Erwerbslosenstatistik selbst, auf die sich Herr Grabski als Beweis für den milden Verlauf der Krise beruft, hält keiner Kritik stand und gibt über den Umfang der Arbeitslosigkeit ein ganz falsches Bild; gibt es doch eine große Anzahl arbeitsloser Arbeiter und Angestellten, die durch die Statistik der Arbeitslosen nicht erfaßt werden. Zu den tausenden Arbeitsloser, die bereits seit langer Zeit des Verdienstes beraubt und dem Hunger ausgeliefert sind, gesellen sich täglich Tausende neuer Arbeitsloser.

Welches sind

die Ursachen dieser Krise?

Zwei Gründe sind vor allem zu unterstreichen: Die polnische Industrie ist mit dem Auslande nicht mehr konkurrenzfähig. Unser Produktionsapparat hat sich nicht in gleichem Maße entwickelt, wie der der anderen kapitalistisch hoch entwickelten Länder. Der Produktionsapparat ist übersättigt mit Produktionsmitteln (Maschinen), die nicht wirtschaftlich genug arbeiten. Um derartige Betriebe, die den Anforderungen einer rationellen Wirtschaft nicht entsprechen, am Leben zu erhalten, überspannen die Industrieverbände die Preise. Ein solcher Zustand ist ungesund. Eine Umorganisation der Produktion ist unbedingt notwendig, man muß danach streben, daß billiger produziert wird, um auch bei der geschwächten Kaufkraft der breiten Masse einen gewissen Absatz im Inlande herbeizuführen. Auch würde unter gleichen Umständen auch die Ausfuhr wesentlich gesteigert werden können. Das Privatkapital aber wehrt sich gegen diese Notwendigkeit, die bereits seit langem allgemein erkannt worden ist.

Dazu gesellt sich die Kreditnot, unter der selbst viele leistungsfähige Firmen leiden, die sich in dem Mangel an Kapital in Geldform äußert. Die Privatkapitalisten dürfen jedoch nicht behaupten, daß durch die Markinflation ein großer Teil ihres Kapitals vernichtet worden ist, daß sie die Geldentwertung ebenso getroffen habe wie das Proletariat oder die Kleinbürger. Gerade das Gegenteil war der Fall, denn in Wirklichkeit ist durch die Geldentwertung eine große Ausbeutung der Lohnempfänger und Kleinbürger zugunsten der Großkapitalisten vor sich gegangen. Das Industriekapital hat in der Flucht vor der Mark die erzielten Inflationsgewinne in beweglichen und unbeweglichen Sachwerten festgelegt, ohne in verantwortungsvoller Weise eine in die Zukunft schauende Wirtschaftspolitik zu treiben. Die Folge ist, daß die Industrie heute ohne das nötige Betriebskapital dasteht.

Gegenwärtig sind die Industriellen bestrebt, die von ihnen selbst verursachten Unzulänglichkeiten ihrer Wirtschaft durch verschärfte Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten wettzumachen. Sie gehen dabei konsequent vor. Zu den Tausenden, die jetzt schon hungern, werfen sie neue Tausende samt ihren Familien in das sichere Hungerelend. Sie legen die Produktion still, da ihnen nichts daran gelegen ist, die Bedürfnisse der Massen zu befriedigen. Sie wollen in brutaler Weise die Not der Arbeiterschaft zu einem unerhörten Streich gegen alle sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse ausnützen. Dafür sprechen nicht nur die Bestrebungen gewisser Unternehmer, sondern die ganze wirtschaftliche Einstellung aller Unternehmerverbände zur Krisis deutet darauf hin. Die Verlängerung der Arbeitszeit, die Entreißung des Urlaubsrechts, die Zerschlagung der Krankenkassen, die Herabsetzung der Arbeitslöhne; — das sind die Programmpunkte der Marschroute, die die Industriellen nicht nur für sich, sondern auch für den Herrn Ministerpräsidenten aufgestellt haben. Die Durchführung dieser Forderungen soll nach Ansicht der Industriellen zur Belebung der Produktion und Beseitigung der Krise beitragen.

Gegen diesen Angriff der Industriellen auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse müssen wir mit ganzer Entschiedenheit protestieren. Man darf nicht vergessen, daß die Industriellen selbst einen großen Teil der Schuld an der heutigen Lage in der Industrie tragen. Sie haben sich nur von der Sucht nach Erzielung möglichst großer Gewinne leiten lassen und haben jegliches soziale Moment gänzlich außer Acht gelassen. Als zur Zeit der Inflation die Konjunktur gut war, wurde die industrielle Produktion gewaltig ausgedehnt, die Fabriken arbeiteten sogar in drei Schichten, Tausende von Arbeitern wurden vom Lande in die Städte herangezogen. Die Industriellen nützten die augenblickliche Konjunktur aus, ohne mit den realen Möglichkeiten der Zukunft zu rechnen. Jetzt, da diese Konjunktur geplatzt ist, wirft die Industrie ohne Gewissen und ohne

Mitleid diese Arbeiter auf die Straße, beraubt sie des Verdienstes und ihre Familien des Brotes.

Einen Teil der Schuld trägt hierbei auch das Arbeitsministerium, das unseren Industriellen gestattet hat, eine solch ungesunde Konjunkturpolitik zu betreiben. Das Arbeitsministerium hat nicht dafür Sorge getragen, daß unsere Industrie gesunde Wege der Entwickelung beschreite. In dieser Beziehung war sowohl die Politik unseres Arbeitsministeriums, besonders des Ministeriums für Handel und Industrie eine Politik

ohne Plan und ohne Programm.

Man kann dreist behaupten, daß es auf dem Gebiete der Industrie bei uns überhaupt keine Politik gab, es war nur ein Verstopfen der Löcher vermittels Erteilung von Krediten.

Meine Herren, heute muß der Staat alle Kräfte anspannen, um die Krise zu bekämpfen. Die Regierung zeigt in dieser Beziehung viel zu wenig Aktivität. Man muß der Industrie zu Hilfe kommen, indem man ihr Kredite gewährt. Diese Kredite aber dürften nur an gesunde, leistungsfähige Firmen erteilt werden. Es wäre gleichfalls angebracht, wenn die Regierung sich die Aufsicht über die Art und Weise der Verwendung der Kredite sichern würde. Gleichzeitig muß ein Druck auf die Fabrikanten ausgeübt werden, damit sie endlich zu gewissenhaften Kalkulationsbedingungen übergehen, die eine Herabsetzung der Preise herbeiführen würden. Die Fabrikanten wollen sich heute noch nicht mit dem Gedanken abfinden, daß die Zeit der leichten und fabelhaften Gewinne unwiderruflich vorbei ist, und die Produktion auf normale Bahnen gelenkt werden muß.

Die dringendste Aufgabe aber, die heute vor uns steht, ist die Hilfe für die Arbeitslosen. Diese Angelegenheit darf nicht leichtfertig behandelt werden, denn heute schon herrscht in den Arbeiterhäusern der Hunger, und der Hunger, meine Herren, ist ein schlechter Berater. Vor einigen Tagen nahm der Sejm das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung an. Wenn dieses Gesetz vor einem Jahre angenommen worden wäre, könnte es heute schon die Existenz vieler Tausend Arbeiter aufrechterhalten. Aber dank den Machinationen der rechten Parteien wurde dieses Gesetz monatelang aufgehalten und heute hat der Arbeiter keine Arbeitslosenversicherung. Übrigens gewährt dieses Gesetz in der vom Sejm angenommenen Fassung dem Arbeiter gar keine Sicherung seiner Existenz. Der Egoismus der Bauernparteien und die feindliche Stellungnahme der Rechten gegenüber den Postulaten der Arbeiterschaft haben es zuwege gebracht, daß die gesetzliche Versicherung direkt illusorisch wurde.

Der gegenwärtige Augenblick erfordert sofortiges Handeln, sofortige Hilfe. Die Kredite, die für Zwecke der Arbeitslosenunterstützung bestimmt sind, müssen vergrößert werden, denn die präliminierte Summe von 6 Millionen Złoty ist vollkommen unzureichend.

Für die Angestellten gibt es keine Fürsorge.

Meine Herren, wenn die Regierung die Angelegenheit der von der Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeiter schon stark vernachlässigt hat, so wird eine andere Kategorie der Arbeitslosen, und zwar die Büroangestellten, geradezu leichtfertig behandelt. Infolge der Schließung von Fabriken und des Stillstandes im Handel nimmt die Arbeitslosigkeit der Angestellten in erschreckender Weise zu. In Lodz allein übersteigt die Zahl der arbeitslosen Büroangestellten 4000 Personen. Ihre Lage ist genau so verzweifelt, wie die Lage der Arbeiter. Ihnen droht gleichfalls der Hunger und der Ruin des Familienlebens. Die Kommunalbehörden lehnen die Unterstützung der Angestellten mit dem Hinweis darauf ab, daß sie für diesen Zweck keine Mittel besitzen. Angesichts dessen verlangen wir von der Regierung, daß sie dieser Kategorie der Arbeitslosen ihre Fürsorge angedeihen läßt. Wir verlangen dies um so mehr, da die Angestellten dank der Stellungnahme der rechten Parteien von der Wirkung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen sind. Bei der Annahme dieses Gesetzes ist **eine große Ungerechtigkeit** begangen worden. Große Massen von Angestellten sind benachteiligt worden, die man im Falle der Arbeitslosigkeit samt ihren Familien dem Hungertode preisgibt.

Die rechtliche Stellung des Angestellten.

Wie wenig bei uns die Interessen der Büroangestellten und der geistigen Arbeiter überhaupt berücksichtigt werden, davon zeugt das Fehlen eines Gesetzes, das die rechtliche Stellung des Angestellten, sein Verhältnis zum Arbeitgeber und den Arbeitsvertrag regelt. Ich weiß, daß im Arbeitsministerium der Entwurf eines solchen Gesetzes bearbeitet wird. Dieser Entwurf ist noch im vergangenen Jahre an die Verbände der Angestellten und Arbeitgeber zwecks Einholung ihres Gutachtens gesandt worden. Die Gutachten wurden gegeben, der Entwurf aber hat bis jetzt noch nicht das Tageslicht erblickt. Meine Herren, ein solches Gesetz ist notwendig, da es bei uns überhaupt keine rechtlichen Normen gibt, die den Arbeitsvertrag der geistigen Arbeiter regeln, während die Gesetzgebung anderer Länder schon längst die Existenz und die Arbeit der Angestellten mit Rechtsschutz umgibt. Die Annahme eines solchen Gesetzes ist **eine der dringendsten Forderungen** der geistigen Arbeiter. Wir fordern daher vom Arbeitsministerium, daß es den Entwurf dieses Gesetzes schnellstens dem Sejm unterbreitet.

Das Urlaubsrecht wird mit Füßen getreten.

Ich will noch die Angelegenheit des Urlaubs der Arbeiterschaft berühren. Das Urlaubsgesetz ist den Industriellen ein Dorn im Auge und deshalb wird es von ihnen systematisch sabotiert.

Zuerst entstand ein Streit um die Anzahl der bezahlten Urlaubstage. Nachdem dieser Streit entschieden war, entstanden neue Streitigkeiten in der Frage der Art der Berechnung des für den Urlaub zu zahlenden Betrages. Auch dieser Fall wurde zugunsten der Arbeiterschaft entschieden. Die Entscheidung ging in der Richtung, daß bei der Festsetzung des Tageslohnes innerhalb des vom Gesetz vorgesehenen dreimonatlichen Zeitraumes nur die Anzahl der Tage, an denen wirklich gearbeitet wurde, in Betracht gezogen werden soll. Trotzdem aber kommen noch öfter Fälle vor, daß der Arbeitgeber, ohne auf die Entscheidung des Ministeriums zu achten, die Bezahlung des Urlaubs in der laut Gesetz zukommenden Höhe ablehnt. Es bleibt dem Arbeiter nur noch der gerichtliche Weg übrig. Von diesem Wege macht der Arbeiter entweder gar keinen Gebrauch oder aber er muß, falls er davon Gebrauch macht, monatelang auf die Entscheidung warten. Dies alles wird getan, um dem Arbeiter den Urlaub zu vergällen. Die Arbeitgeber, die das Urlaubsgesetz nicht offen zu Fall bringen können, wenden alle möglichen Mittel an, um die Verwirklichung desselben zu erschweren. Ein großer Fehler ist es, daß die Arbeitsinspektoren, die die Ausführung der Gesetze und der Anordnungen des Ministeriums überwachen, sehr beschränkte Kompetenzen haben, daß sie keine vollstreckende Gewalt besitzen und die widerspenstigen Arbeitgeber nicht zwingen können, das Recht zu achten.

Das Arbeitsministerium muß mit aller Entschiedenheit auf der Wacht des Gesetzes stehen und die weitere Vervollkommnung unserer sozialen Gesetzgebung anstreben.

Ein neues polnisches Kanalbauprogramm

Seit der Verabschiedung des Gesetzes über den Ausbau polnischer Wasserwege durch den Sejm ist die Frage des Kanalbaus aus Mangel an Kapital nur langsam vorwärtsgeschritten. Es hat sich gezeigt, daß die Ausführung des ursprünglichen großen Planes, eine Verbindung zwischen Ostsee und Dniepr, den Kohlenbecken von Dąbrowa, Krakau und Warschau zu schaffen, bis auf weiteres noch zurückgestellt werden müsse. Die erforderlichen Riesenmittel sind eben in der Zeit der Sanierungsaktion und Ersparnismaßnahmen nur schwer aufzubringen.

Man gab jedoch die Pläne keineswegs auf und beschloß, an einen etappenweisen Ausbau des Kanalnetzes zu gehen. Der Begründung eines Propagandavereins für den Bau der Wasserwege in Polen folgte die Bildung einer Aktiengesellschaft „Drogi Wodne Polski" (Wasserwege Polen). Das Aktienkapital ist zunächst auf 200 000 Złoty festgesetzt worden. Zu den Gründern gehören hervorragende Vertreter des Sejm und Senats, der Wirtschaftskreise und der Intelligenz.

Das neue Programm der Aktiengesellschaft sieht den Bau folgender Wasserwege vor: Eine Regulierung der Wasserverbindung vom Goplosee über Bromberg und die Warthe nach Posen. Die Schaffung einer schiffbaren Wasserstraße zwischen Bug, kanał Krolewski (Königskanal), Pripeth, Dniepr und Warschau, Łowicz, Łęczyca, Kolo, Konin; ferner einen Kanal auf der Linie Łęczyca Łodz, Częstochau, Schlesien, Krakau; eine Verbindung Krakau, San, Lemberg, Brody, Syr, Pripeth und schließlich die Kanäle und Flüsse im Wilnagebiet. Dieses Programm ist natürlich nur in mehreren Jahrzehnten zu bewältigen. Aber seine allmähliche Durchführung ist für die Industrialisierung Polens notwendig.

Die Żyrardower Affäre.

Kucharski unter Anklage.

Warschau, 7. Juli. Der Untersuchungsausschuß des Sejm, der die bekannte Gewährung von Darlehen an die Żyrardower Werke zu überprüfen hatte, hat dieser Tage seine **Beratungen beendet. Es wurde beschlossen, den Sejm zu beauftragen, den ehemaligen Finanzminister Kucharski, der dieser Aktiengesellschaft die Darlehen gewährt hatte, unter Anklage zu stellen.**

Der diesbezügliche Antrag des sozialistischen Abgeordneten Moraczewski besagt, daß durch die Devalvation der an die Żyrardower Werke geliehenen Beträge der Staat einen Schaden von 2½ Millionen Schweizer Franken erlitten habe.

Der Hafen in Odingen.

Warschau, 5. Juli. (PAT.) Die Verhandlungen über den weiteren Ausbau des Hafens von Odingen, die zwischen der polnischen Regierung und einem französisch-polnischen Konsortium, dem die Gesellschaften „Battignolles" und Schneider-Creuzot in Paris, die Polnische Industrie-Bank, die Ingenieure Rummel und Nosowicz angehören, geführt wurden, sind heute zum Abschluß gelangt.

Der Wortlaut des Vertrages wurde von dem Direktor des Handelsmarine-Departements unter Beteiligung von Vertretern verschiedener Ressorts des Ministeriums für Handel und Industrie entworfen. Auf Grund dieses Vertrages wird mit dem Ausbau des Hafens von Odingen innerhalb vier Wochen nach erfolgter Unterzeichnung des Vertrages begonnen.

Die Polen in Litauen.

Eine Erklärung der polnischen Fraktion im litauischen Sejm.

Die polnische Fraktion im litauischen Sejm hat während der Debatte über die Regierungserklärung des neuen Kabinetts Tumenas folgende Erklärung abgegeben:

Die polnische Fraktion stellt nach Anhörung des Exposés Tumenas' fest:

1. Die neue litauische Regierung ist von einer einzigen Partei ohne Zuziehung der übrigen Parteien des Sejm gebildet worden. Die nationalen Minderheiten in Litauen sind gänzlich übergangen worden. Im demissionierten Kabinett Galvanauskas hatte dieselbe einzige Partei die überwiegende Mehrheit aller Ministerportefeuilles inne.

2. Der politischen Parteieinstellung, auf welche sich auch die neue Regierung stützt, hat die polnische Minderheit in Litauen es zuzuschreiben, daß der Gesetzentwurf über die kulturelle Autonomie der polnischen Minderheit trotz einer feierlichen diesbezüglichen Verpflichtung des Ministerpräsidenten Galvanauskas innerhalb eines Jahres nicht in den Sejm eingebracht wurde. Galvanauskas hatte damals versprochen, die Rechte der Minderheiten zu erweitern und sie im Sinne der Artikel 73 und 74 der Verfassung und der litauischen Erklärung beim Eintritt in den Völkerbund durchzuführen. Das ist bisher nicht geschehen.

3. Der Regierungspartei (Christl. Demokraten) verdanken die Polen Litauens auch die eigenartigen Ergebnisse der offiziellen Volkszählung in Litauen. Die amtliche Statistik bringt es fertig, sich darauf zu stützen und Zahlen anzugeben, die nicht einmal der Hälfte der tatsächlich in Litauen wohnenden Polen entsprechen. Die Regierung Galvanauskas' hat dieses Unrecht nicht gut gemacht, obwohl sie auf das Fehlerhafte und Unzulässige einer solchen Handlungsweise und der Aufstellung einer derartigen Statistik direkt aufmerksam gemacht worden war.

4. Trotz der bewußten und systematischen Unterstützung der Vergewaltigung der religiösen und sprachlichen Rechte der polnischen Minderheit in den Kirchen Litauens durch die litauische Geistlichkeit, hat die katholische Mehrheits- und Regierungspartei es nicht für nötig gehalten, der polnischen Minderheit ein Minimum religiöser und kirchlicher Rechte zuzusichern.

5. Der polnischen Minderheit hat man nicht in genügendem Maße die Ausbildung der Schulkinder zugänglich gemacht. Im Gegenteil, die litauischen Behörden haben ihre Schulpolitik auf die Grundlage einer gefälschten Volkszählung gestützt. In Gegenden, in welchen die Polen die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, hat man unter Berufung auf die stark gefälschte statistische Durchschnittsziffer den Polen litauischerseits viel zu wenig Schulen zugeteilt. Durchschnittsziffern der Volkszählung können nicht dort maßgebend sein, wo die Bevölkerung in dichter Masse wohnt und ausreichende eigene Schulen zur Verfügung haben muß, soll nicht das Bildungswesen auf einer tiefen Stufe stehen bleiben.

6. Trotz gegenteiliger Verflichtung des vorigen Kabinetts lastet der Ausnahme- und Kriegszustand besonders schwer auf dem Leben der polnischen Minderheit, gegen die er in der Hauptsache ausgenutzt wurde. Die persönliche Freiheit der polnischen Minderheit wird oft verletzt und eingeschränkt. Die Polen werden ausgewiesen oder in andere Gegenden Litauens verschickt. Die polnische Presse in Litauen wird von der Zensur geknebelt, durch ungerechtfertigte Geldstrafe schwer geschädigt und in ihrer Existenz bedroht.

7. Die Agrarreform in Litauen sollte angeblich den Landlosen und kleineren Landwirten ohne Unterschied der Nationalität eine entsprechende Landbasis sichern. Indessen sind die Landlosen und kleineren Landwirte der polnischen Minderheit bei der Durchführung der Agrarreform systematisch übergangen worden. Ja, man hat es fertiggebracht, weite polnischen Großgrundbesitzern ohne Entschädigung abgenommene Gebietsflächen einzelnen Litauern zu übergeben. Damit hat die litauische Mehrheitspartei noch einmal den Beweis erbracht, daß ihre Minister das Gesetz über die Agrarreform aus rein politischen Gründen erlassen haben, um den polnischen Besitzstand in Litauen zu vermindern.

Auch auf allen anderen Gebieten hat die zurückgetretene Regierung Galwanauskas die polnische Minderheit benachteiligt. Daß in der neuen Regierung Tumenas sich die Lage noch mehr zu Ungunsten der polnischen Minderheit verschoben hat, zeigt u. a. schon die auffallende Tatsache, daß der neue Ministerpräsident Tumenas in seiner programmatischen Erklärung die nationalen Minderheiten nicht mit einem Wort erwähnt hat, was bisher selbst im Sejm von Kowno noch nicht vorgekommen war. In diesem Augenblick, wo die neue einseitige von derselben politischen Partei gebildete Regierung sich dem Sejm vorstellt, haben wir um so weniger Garantie, daß dieses Kabinett nicht seine die polnische Minderheit und das gesamte Land schädigende Politik fortsetzen wird. Aus diesem Grunde kann die polnische Fraktion zu dem jetzigen litauischen Kabinett kein Vertrauen haben.

Der Horizont noch nicht geklärt.

Paris, 6. Juli. Im Kongreß der Völkerbundfreunde in Lyon wurden in den letzten Plenarsitzungen eine Reihe wichtiger Fragen behandelt, darunter die Abschaffung der Militärdienstpflicht, die Lage der Minderheiten in der Türkei, Griechenland usw.. Im Namen der polnischen Delegation hielt Abgeordneter Stroński eine Ansprache, in der er sagte:

„Polen messe wegen seiner überaus heiklen geographischen Lage dem Wirken des Völkerbundes besondere Bedeutung bei. Die Hauptaufgabe unserer auswärtigen Politik hat bisher darin bestanden, die Festsetzung unserer Grenzen zu erreichen. Dies konnte erst im letzten Jahre zu Ende geführt werden; der Horizont ist aber nicht völlig geklärt. Ich glaube, daß Graf Bernstorff mit seiner pazifistischen Erklärung es ehrlich gemeint hat; aber man muß einen Unterschied machen zwischen den materiellen und moralischen Abrüstungen. Deutschland kann den Krieg nicht mehr mit denselben Mitteln wie 1914 unternehmen. Aber hat es nicht eine Industrie, die fast augenblicklich auf Kriegsproduktion eingestellt werden kann? So können beispielsweise die Handelsflugzeuge in Kampfflugzeuge umgewandelt werden. Was die moralische Abrüstungsfrage des Reiches anbelangt, so reicht sie nach meiner Ansicht nicht aus."

Die Regelung der Minderheitenfrage — eine Veredelung der menschlichen Kultur.

In einer Unterredung mit dem Vertreter des „Kurjer Polski" verbreitete sich der bekannte Rechtsgelehrte Fryderyk Zoll, Prof. an der Jagiellonischen Universität in Krakau, über das Minderheitenproblem in Polen und führte bei dieser Gelegenheit u. a. folgendes aus:

Die Lösung des Minderheitenproblems in einem liberalen Geiste halte ich entsprechend unserer Verfassung für eine Angelegenheit von erstklassiger Bedeutung aus verschiedenen Gründen, von denen ich die folgenden als die maßgebendsten ansehe:

Die geographische Lage Polens zwischen zwei Erzfeinden und einem dritten durchaus nicht freundschaftlich gesinnten Staat (Österreich wird durch die Tschechoslowakei ersetzt) zwingt uns, alles daran zu setzen, um nicht der Übermacht unserer Nachbarn zu unterliegen. Unsere Macht kann sich lediglich auf die innere Verschmelzung aller Bürger gründen, also auch dieser Millionen, die nicht zur polnischen Nationalität gehören. **Ein jeder in Polen soll sich zu Hause fühlen,** und die Bürger anderer Nationalitäten sollten keinen Vorteil darin erblicken, daß sie von unserem Staate abgetrennt werden. Dieser Effekt kann aber nur durch eine gute Verwaltung erreicht werden, dadurch, daß Polen diesen Nationalitäten gegenüber so auftritt, wie es die Gerechtigkeit erfordert.

Ein Fortschritt in der menschlichen Kultur tut hier dringend not.

Auf dem Gebiet der Nationalitätenpolitik herrschen leider auch heutigen Tages noch die Anarchie, das Faustrecht und die Übermacht. Die Herausbildung eines Rechts auf diesem Gebiete nicht allein in der Theorie, sondern auch in der Praxis, wird ein wichtiges Moment im humanitären Fortschritt darstellen. Polen ist zur Erfüllung dieser Aufgabe wie berufen. Nicht aus dem Zwang zur Erfüllung des Minderheitenvertrages — denn dieser Vertrag begründet noch keine Berufung — sondern aus seinen großen historischen Traditionen erwächst dem polnischen Staat diese Verpflichtung. Die Lubliner Union und noch mehr die Horodelsker ist als ein Testament der Vorfahren aus den Zeiten des mächtigen Polens an uns anzusehen. Derartige Akte besitzt kein anderer Staat in seiner Geschichte. Und der Geist Sienkiewicz' erinnert das heutige Polen an diese große Mission.

Es ist wahr, daß die Lösung dieser Frage auf ungeheure Schwierigkeiten stößt. Im 17. und 18. Jahrhundert haben wir nicht die harte Schule der absoluten Regierungen durchgemacht, in der sich im Westen in den Völkern das Gefühl der Staatlichkeit und des Rechts herausgebildet hat. Dieses Gefühl erstarb bei uns besonders in der Zeit der Unfreiheit im 19. und 20. Jahrhundert und mußte ersterben, da wir in dem sogenannten Recht eine Rechtswidrigkeit erblickten und in den Staaten, denen wir zugeteilt wurden, Faktoren der Gewalt. Dagegen steigerte sich das Nationalgefühl nach Maßgabe des im Namen des sogenannten Rechts uns zugefügten Unrechts immer mehr. Und diesem Umstande haben wir es zu verdanken, daß unsere Individualität und Existenz uns wiedergegeben wurden. Daher herrscht bei uns heute eine

Überspannung des Nationalgefühls

bei einem Mangel an Staatsgefühl, der Achtung der Gesetze und der mit ihnen verbundenen Verpflichtungen — Erscheinungen, die wir nicht allein innerhalb der Gesamtheit des polnischen Volkes, sondern sogar bei seinen Leuchten erblicken, die von idealen Bestrebungen durchdrungen sind, weit entfernt von egoistischen Beweggründen. Ist unter solchen Bedingungen und unter solchen Schwierigkeiten bei uns **ein anderer Kurs gegenüber den nationalen Minderheiten möglich?** Ich glaube diese Frage bejahen zu können, wenn gleichch ich verstehe, daß diese Änderung nicht mit einem Male erfolgen kann, daß die Angelegenheit eine Riesenarbeit erfordert, eine entsprechende Taktik in der Vorbereitung sowohl in der Schule als auch in der öffentlichen Meinung, besonders durch die Presse. Ich stütze mein Urteil auf den Glauben, daß in unserer Gemeinschaft eine schöpferische Kraft steckt, eine unerschöpfliche Quelle des humanitären Fortschritts, ein schöpferischer Faktor und ein Rechtsgefühl, das den eigenen Wert hebt, der zeitweise von denjenigen vergessen wird, die nichts anderes vermögen, als Haß zu säen. Dieser Glaube stützt sich auf die christliche Liebe und sie läßt sich mit den einfachen Worten ausdrücken:

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 155.

Bromberg, Dienstag den 8. Juli 1924.

Pommerellen.

7. Juli.

Graudenz (Grudziądz).

□ **Der Sonnabend-Wochenmarkt** war recht gut beschickt. Es wurden folgende Preise erzielt: Butter 1,10—1,30, Eier 1,1, Glumse 0,4, alte Kartoffeln 4,5, neue Kartoffeln das Pfund 0,25, Mohrrüben das Bund 0,15, rote Rüben 0,15, Zwiebeln das Pfund 0,3, Salat der Kopf 0,05, Rhabarber 0,30, Gurken 1,0—2,0, Blumenkohl je nach Qualität 1,0—2,0, Erbsschoten 0,40, Stachelbeeren 0,55, Walderdbeeren 0,8, Gartenerdbeeren 0,5, Blaubeeren 0,25, Kirschen 0,40, Pilze (Rehfüßchen) 0,45—0,50, Backpflaumen 0,50, Rettich 0,15, Radieschen 0,10, blühende Topfpflanzen waren reichlich vorhanden und wurden nicht geräumt. Der Fischmarkt war gut beliefert. Es wurde notiert: Aal 1,2, junge Aale 0,85, Hecht 1,2, Schleie 1,2, Karauschen 1,0, Plötze 0,5, Bressen 0,60—0,80. Krebse wurden mit 0,10—0,20 angeboten, aber auch billiger abgegeben. Der Markt wurde nicht geräumt. Der Geflügelmarkt zeigte besonders Junggeflügel. Lebende junge Gänse wurden mit 6,5 das Stück und junge Hühner das Paar mit 3,0—3,5 je nach Qualität angeboten. Alte Hühner in Federn kosteten 2,5—3,5, das Paar junge Tauben 1,3. Der Fleischmarkt zeigte ein recht starkes Angebot. Bereits die sechste Fleischbudenreihe konnte man zählen. Es waren folgende Preise verzeichnet: Schweinefleisch 0,60—0,70, Rindfleisch 0,60, Hammelfleisch 0,60, Kalbfleisch 0,45, Speck 1,00, Schmalz 1,40, Klops 0,60. Das Geschäft verlief recht schleppend. Es wird noch immer über große Geldknappheit geklagt. *

□ **Der Sonnabend-Schweinemarkt** zeigte dasselbe trübe Bild als seine Vorgänger. Für Absatzferkel forderte man je nach Qualität für das Paar 10,0—15,0. Der Umsatz war jedoch ganz gering. Es wurden auch große mastreife Magerschweine angeboten. Es wurde zwar nach dem Preise gefragt, aber Verkäufe kamen nicht zustande. Die Läufer machten bei der niedrigen Preisnormierung keine Ausnahme. Unter den bestehenden Verhältnissen ergreift die Landleute eine gewisse Gleichgültigkeit. Sie sollen zahlen und bei den jetzigen Einnahmen ist es vielen nicht möglich, die nötigen Beträge zusammen zu bringen. Der größte Teil der zum Verkauf angebotenen Schweine wurde wieder nach Hause genommen. Zeitversäumnis, Zehrgeld und das teure Standgeld ist vielfach zwecklos gewesen. *

A. **Wahllisten zur Stadtverordnetenwahl.** Durch die Staatspolizeibeamten wird eine Aufnahme der wahlberechtigten Gemeindemitglieder zum Zwecke der Aufstellung der Listen zu den Stadtverordnetenwahlen gemacht. Früher wurden die Listen auf Grund der Hauslisten und des Materials des Meldeamtes gemacht. *

A. **Von der Weichsel.** Freitag kam der Seitenraddampfer „Minister Lobecki" mit vier Fahrzeugen im Schlepp stromauf vorüber. Nachdem er hier Kohlen eingenommen, setzte er gegen Abend seine Reise weiter. Im Schulzschen Hafen liegen drei Schleppkähne. Der Schulzsche Dampfer „Courbière" unternahm Sonntag eine Fahrt nach Schwetz. Die Friseurinnung machte dahin einen Ausflug. *

A. **Von einer Droschke überfahren wurde heute in der Pohlmannstraße in der Nähe der Buchhandlung Kriedte ein Kind.** Es kam glücklicherweise mit dem Schreck davon. *

Thorn (Toruń).

‡ **Der Verein „Deutsche Bühne in Toruń T. z."** hielt Donnerstag abend seine diesjährige Hauptversammlung ab, die — vermutlich infolge des kurz vorher einsetzenden Gewitterregens — von nur 44 Personen besucht war. Nach der Eröffnung und Begrüßung erstattete der 2. Vorsitzende, Professor Fellner, den Jahresbericht. Er streifte nochmals kurz das erste Spieljahr, das die Bühne im „Viktoria-Park" begonnen und beendet hatte und sprach dann von der Übersiedelung auf die Bühne des „Deutschen Heims", zu dessen Ausbau der Verein nach Kräften beigetragen hat. Den Darstellern und unsichtbar hinter den Kulissen tätigen Mitarbeitern, die die schwere Arbeit in selbstlosester Weise ohne irgendeine finanzielle Beihilfe geleistet haben, spricht er den wärmsten Dank des Vereins aus. Die Arbeit, die geleistet wurde, war in Anbetracht der geringen Anzahl von Schauspielkräften und der noch überall zutage tretenden technischen Unvollkommenheiten sehr groß. An insgesamt 28 Abenden wurden acht Stücke herausgebracht, so daß jedes Stück im Durchschnitt etwa drei- bis viermal aufgeführt werden konnte. Eröffnet wurde die zweite Spielzeit am 21. Oktober mit dem bekannten Lustspiel „Dr. Klaus" (3 Auff.), es folgte Ludwig Fuldas „Die wilde Jagd" (4 Auff.), ein Literarischer Abend mit Goethes „Geschwistern" und Björnsons „Die Neuvermählten" 2 Auff.), dann das Weihnachtsmärchen „Rumpelstilzchen" (4 Auff.). Im Januar ging der lustige und ausgelassene Schwank „Börsenfieber" viermal über die Bretter, es folgten dann „Der Strom" (3 Auff.), „Die gold'ne Eva" (3 Auff.) und als Abschluß „Dressur auf den Mann". (Im ersten Spieljahr wurden vier Stücke in zwölf Aufführungen gegeben.) Die Bromberger Schwesterbühne gab am 28. November 1923 ein einmaliges Gastspiel mit den vier Grotesk-Einaktern „Nachtbeleuchtung". — Der Bericht hob auch die Steigerung in den Bemühungen und Erfolgen der Bühne hervor, die sich bereits im zweiten Spieljahr ohne Mithilfe irgendwelcher Theaterfachleute an Goethe, Halbe und Björnson heranwagen durfte und damit außerordentlichen Erfolg beim Publikum erzielte. Er schloß mit dem Aufruf, in allen Schichten der Bevölkerung für die Deutsche Bühne, die das Publikum nicht mehr gern missen möchte, zu werben und besonders die Zaghaften heranzuziehen, die ihre schauspielerische Begabung noch verleugnen. Denn nur dann, wenn die bisherigen Hauptdarsteller entlastet werden, können sich größere Aufgaben bewältigen lassen. — Nach dem mit Beifall aufgenommenen Bericht erstattete der Kassierer, Kaufmann H. Wallis, den Kassenbericht. Auf Antrag der Rechnungsprüfer wurde ihm und dem Vorstand Entlastung erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: An Stelle des bisherigen 1. Vorsitzenden, der eine Wiederwahl ablehnte, wurde Zahnarzt Scharf gewählt, als Stellvertreter wurde Professor Fellner wiedergewählt, als Schriftführer Kaufmann Rohne, als Schatzmeister Fabrikbesitzer Brock und als Stellvertreter Kaufmann Hans Wallis. In den Beirat wurden neben den wiedergewählten bisherigen Mitgliedern noch einige neue Mitglieder hinzugewählt. Der Jahresbeitrag wurde auf 4 Złoty festgesetzt, zahlbar in Halbjahresraten im zweiten Monat des laufenden Semesters. Es folgte sodann eine Besprechung über den nächstjährigen Spielplan, für welchen auch Wünsche aus dem Publikum geäußert wurden. Zu Punkt „Verschiedenes" erfolgte eine Anfrage nach der Orchester-Abteilung der Deutschen Bühne, deren Konzertieren in den Zwischenpausen sehr vermißt wurde. Herr Ernst Wallis erwiderte, daß es der Abteilung leider an einem ersten Geiger mangle und daß aus diesem Grunde keine Konzerte usw. veranstaltet werden können, obwohl alle andere Instrumente besetzt seien. Es wäre der Orchester-Abteilung nicht mehr möglich gewesen, den früheren ersten Geigern finanzielle Entschädigungen für die Proben und Aufführungen zu gewähren. Auf Vorschlgg soll aber ein Weg gesucht werden, um das Wiederauftreten der Kapelle zu ermöglichen. — Zum Ankauf neuen Kulissen- und Requisitenmaterials wurde sodann eine Kommission gewählt, an deren Spitze Architekt Rosenau steht. — Nach Besprechung einiger anderer unwichtigerer Sachen wurde die Versammlung gegen 12 Uhr geschlossen. **

‡ **Der Hauptvieh- und Pferdemarkt** des Juli in Thorn wies einen Auftrieb von 360 Pferden, 20 Fettschweinen, 66 Läufern, 231 Ferkeln und 19 Ziegen auf. Man zahlte (in Złoty) für ältere Pferde 50—100, für Arbeitspferde 150—290, für gute Pferde 305—400, und für beste und Zuchtmaterial 450—700. Einjährige Fohlen brachten 85—120, zweijährige 200—300. Auf dem Viehmarkt wurden erzielt (gleichfalls in Złoty) für Fettschweine 30—45 pro 50 Kilogramm Lebendgewicht, für Läufer unter 35 Kilo 10—18, über 35 Kilo 20 bis 25, für Ferkel je Paar 9—15. Ziegen brachten 10—15 Złoty. Der Marktverkehr war lebhaft. **

‡ **Ein Verkehrshindernis,** das fast dreiviertel Jahr in der ul. Szeroka (Breitestraße) sich sehr störend bemerkbar machte, ist nunmehr gefallen. Es handelt sich um den Bauzaun vor dem Gebäude der Bank Kredytowy an der Ecke der ul. Szczyna (Schillerstraße), dem früher Kohzeschen Hause. Das ganz umgebaute und aufgestockte Gebäude paßt sich infolge des Fehlens von Schaufenstern dem Charakter der Hauptgeschäftsstraße nicht ganz an, macht aber immerhin einen vorteilhafteren Eindruck als das bisherige alte Haus.

‡ **Ein Straßenunfall mit tödlichem Ausgange** ereignete sich am vergangenen Donnerstag in der ul. Lubicka (Leibitscher Straße) auf der Jakobsvorstadt. Hier wurde das vierjährige Söhnchen des Stabsfeldwebels Wojciechowski von einem Heuwagen überfahren und war sofort tot. Eine Untersuchung ist im Gange. **

‡ **Durch Ausschlagen seines eigenen Pferdes** wurde der Landwirt Deck aus Kozibór (Kostbar), Kreis Thorn, auf dem letzten Pferdemarkt so schwer verletzt, daß seine sofortige Überführung ins städtische Krankenhaus erforderlich war. **

‡ **Das Bettelunwesen in Thorn** ist nach wie vor eine Plage für die Kaufmannschaft. Alle Polizeiverordnungen, auch die Festnahme von Bettlern, haben eine Abnahme der Bettler nicht herbeizuführen vermochte. Sie kommen jetzt nicht nur an den Sonnabenden zu Hunderten in die Geschäfte, sondern suchen diese auch bereits an allen anderen Wochentagen heim, vermutlich in der Befürchtung, daß sie wegen starken Andrangs am Sonnabend weniger erhalten würden. Bei dem jetzigen schlechten Geschäftsgang sind viele Geschäftsleute überhaupt gar nicht imstande, etwas zu geben, da die Einnahmen vielfach kaum die täglichen Geschäftsunkosten decken. **

‡ **Appetitlich!** In einem Gartenlokal in der ul. Bydgoska (Bromberger Straße) nahmen dieser Tage zwei Herren Platz. die einen weißen Spitzhund mit sich führten. Auf Befehl setzte sich der Hund auch auf einen Stuhl am Tisch und verzehrte die ihm auf einem Teller des Restaurants hingestellte Portion. — Wenn man seinen vierbeinigen Liebling schon zu Hause am Familientisch vom Teller fressen läßt, sollte man das nicht auch in Restaurationen tun. Viele Gäste können das nicht mit den Gesetzen der Hygiene vereinbaren und werden sich wohlweislich hüten, noch ein zweites Mal ein Lokal zu betreten, wenn sie annehmen müssen, daß vorher von dem ihnen vorgesetzten Geschirr ein Hund gefressen haben könnte. Dem Wirt, der nicht immer seine Augen überall haben kann, erweist man durch solche Dressurvorführungen einen schlechten Dienst! **

‡ **Fahrraddiebstahl.** Dem Akkordarbeiter Ruminski in Pluskowenz bei Culmsee (Chełmża) wurde dieser Tage sein Fahrrad gestohlen. Zwei Polizeibeamten der Culmer Staatspoltzei gelang die Feststellung des Diebes in der Person eines gewissen Stanislaw Zembek ohne festen Wohnsitz. Das Fahrrad wurde dem Bestohlenen zurückgegeben. **

‡ **Ein Kuhdieb** wurde von der Culmseer Staatspolizei in der Person des Arbeiters Franciszek Okrucinski aus Culmsee (Chełmża) hinter Schloß und Riegel gesetzt. Er hatte eine Kuh des Landwirts Wesolowski aus Drzemiony (Dreilinden) „ohne Bezahlung" von der Weide mit sich gehen lassen. Der Bestohlene erhielt seine wertvolle Milchlieferantin zurück. **

t. **Aus dem Kreise Tuchel,** 5. Juli. Militärische Pferdemusterungen finden jetzt in unserem Kreise statt. Die Kommission ist dazu aus Graudenz erschienen.

h **Górzno,** 5. Juli. Am hellen Tage wurde in einem unbewachten Augenblicke dem Gastwirt Stanislaus Behrendt von hier ein Geldbetrag von 500 Złoty entwendet. B. zeigte den Verlust den behördlichen Organen an und es wurden verschiedene Haussuchungen und Leibesvisitationen bei Personen, die zur Zeit des Verschwindens des Geldes in das Gasthaus ein- und ausgegangen waren, vorgenommen; aber alles war vergeblich. Schließlich gelang es ihnen doch, den Täter ausfindig zu machen. Es ist ein etwa sechzehnjähriger Bursche von hier. Das entwendete Geld wurde noch zum größten Teil in der elterlichen Behausung versteckt vorgefunden und konnte dem rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben werden.

Die Forderungen der polnischen Industrie.

In der letzten Vollversammlung des Wirtschaftsrats haben die Vertreter des „Polnischen Zentralverbandes der Industrie, des Hüttenwesens, des Handels und der Finanzen" dem Ministerpräsidenten Grabski eine Denkschrift überreicht, die eine Reihe von Richtlinien enthält, welche zur Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen führen sollen. Die Denkschrift enthält folgende Punkte:

I. Organisation der Unternehmungen.

1. Verbilligung der Produktionskosten durch erhöhte Arbeitsleistung des Arbeiters. Zu diesem Zwecke ist erforderlich:
   a) Das Zahlenverhältnis der Arbeiter und die Arbeitsleistung dem Stande der westeuropäischen Unternehmungen anzupassen und den Überschuß von Arbeitern und Beamten abzuschaffen;
   b) überall, wo es technisch möglich ist, sind die Tagelöhne in Akkordlöhne unter Anwendung des Prämiensystems umzuwandeln.
2. Zusammenschluß der Industrie-Organisationen, die eine gleichartige Massenproduktion umfassen, im Wege der Verständigung und durch Syndikate, die den Zweck verfolgen:
   a) Spezialisierung der Unternehmungen, deren technische Ausgestaltung, Erhöhung der technischen Produktionsfähigkeit;
   b) Vereinfachung des Absatzes durch Vermeidung überflüssiger Vermittlungsinstanzen.

II. Kreditpolitik.

1. Pünktliche Bezahlung der auf Staatsbestellung erfolgten Lieferungen.
2. In der Diskontopolitik der Polnischen Bank sollen die Bedürfnisse derjenigen Zweige der Industrie berücksichtigt werden, die bisher keine Regierungskredite erhielten (Bergbau).
3. Die Diskontopolitik der Polnischen Bank muß einen liberalen Charakter tragen.
4. Der Polnischen Bank die Ausübung des ihr zustehenden Rechts des Warrantdiskonts zu ermöglichen durch Bevollmächtigung des Finanzministers zum Erlaß einer Verordnung über den Warrantverkehr und die Warrantlagerhäuser.
5. Angesichts der Liquidierung des Warenkredits der P. K. K. P., der Stockung im Absatz und infolge Mangels an Diskontmaterial ist der Warenkredit und der offene Kredit bei der Bank für Landeswirtschaft auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen.
6. Das Statut der P. K. O. ist dahin abzuändern, daß ihre Operationsbasis vergrößert wird und ihr größere Kapitalien für wirtschaftliche Bedürfnisse zur Verfügung gestellt werden.
7. Die in letzter Zeit gehandhabten Kreditbeschränkungen in der P. K. O. sind aufzuheben.
8. In dem allgemeinen Ermächtigungsgesetz hat auch die Regelung des Scheckverkehrs zu erfolgen.
9. Wiedereröffnung der Remburskredite für die Industrie bei Lazar Brothers in London durch Vermittelung der Polnischen Bank.
10. Aufnahme einer langfristigen Staatsanleihe im Auslande zur Erteilung von langfristigen Investierungsdarlehen für den Ausbau der Industrieunternehmen.

Kirchl. Nachrichten.
Mittwoch, den 9. Juli 24.
Evangl.-luth. Kirche. Bachestraße 8 (Strumykowa). Vorm. 8 Uhr: Beichte, Pastor Dr. Hoffmann, Posen. 8½ Uhr: Predigtgottesdst., Pastor Greve aus Neutomischel, Abendmahl. Nachm. 6 Uhr: Gemeindeabend im „Deutschen Heim". Gäste sind herzlichst eingeladen.

III. Regierung und Aktiengesellschaften.

1. Die geplante Beschränkung des Rechts der Einberufung von Generalversammlungen soll nicht durchgeführt werden.

2. Ein Gesetz für Aktiengesellschaften zu erlassen, das auf den Grundlagen des Anmeldesystems beruht.

IV. Steuerpolitik.

1. Die **Belastung der Waren** mit der Umsatzsteuer ist zu verringern. Zu diesem Zwecke ist:
   a) die wiederholte Belastung einer und derselben Ware mit der Umsatzsteuer aufzuheben. Die Steuer ist nur einmal, und zwar in dem Momente zu erheben, wenn die Ware vom Produzenten in die Hände des Großhändlers oder auch vom Großhändler (Kohle) zum Kleinhändler (Textilwaren) übergeht;
   b) die bestehenden Steuernormen sind zu ermäßigen.

2. Langfristige Obligationen sind wieder als Zahlungsmittel bei der Entrichtung der Vermögenssteuer zuzulassen.

3. Für Rechtspersonen ist eine spezielle Skala der Einkommensteuer einzuführen, die von der Höhe des Einkommens des betreffenden Unternehmens und nicht von der absoluten Einkommensumme abhängig wäre.

4. Den Handels- und Industrieunternehmen wird auf die Dauer von 10 Jahren gestattet, alle neuen Investitionen innerhalb von fünf Jahren zu amortisieren.

5. Die staatliche Umsatzsteuer nebst der betre?nden kommunalen Zusatzsteuer ist für alle nach dem Ausland ausgeführten Waren sofort aufzuheben.

6. Die staatliche Kohlensteuer ist von der nach dem Auslande ausgeführten Kohle unverzüglich aufzuheben.

7. Die gegenwärtig bereits angewandte Bonifizierung der Kohlensteuer in denjenigen Produktionsgebieten, in denen die Kohle den Hauptbestandteil der Produktionskosten bildet, ist unverzüglich zu erweitern.

V. Zollpolitik.

1. Die **Ausfuhrzölle** auf Industrie-Erzeugnisse sind **sofort** aufzuheben.

2. Eine Vergrößerung der Einfuhr von ausländischen Industrie-Erzeugnissen ist zu verhindern. Zu diesem Zwecke sind die Zollsätze für diejenigen Waren zu erhöhen, deren Preise auf dem polnischen Markt niedriger sind, als die Produktionskosten derselben Waren im Lande betragen.

3. Die Zollwachen an den Grenzen sind zu verstärken und der Kampf mit dem Grenzschmuggel muß intensiver geführt werden. Zu diesem Zwecke ist überall, wo dies technisch möglich ist, eine Plombierung ausländischer Waren vorzunehmen, was bei gleichzeitiger Plombierung ihrer Waren durch die einheimischen Produzenten die tatsächliche Möglichkeit ergeben würde, nach den bereits in das Land eingeschmuggelten Waren mit Erfolg zu fahnden. Zur Probe könnte eine Plombierung der Textilwaren vorgenommen werden.

VI. Eisenbahn-Politik.

1. **Revision der Frachttarife** durch das Handelsdepartement des Ministeriums für Industrie und Handel im Sinne der in der Sitzung des Handels- und Industrierates vom 24. Mai d. J. gefaßten Resolution, sowie der diese Resolution weiter ausbauenden Anträge verschiedener Wirtschaftsverbände, nämlich:
   a) Einführung besonderer Ausfuhrtarife für Waren, die zur Ausfuhr nach dem Auslande bestimmt sind;
   b) Ermäßigung der Frachtsätze für Waren, die im Verhältnis zu ihrer Ertragsfähigkeit mit übermäßig hohen Frachtsätzen belastet sind.

2. Unabhängig von den Investierungsarbeiten allgemeinen Charakters (siehe Abschnitt VII.) müssen die Arbeiten zum Ausbau der Durchgangsstation in Chybie beschleunigt werden; desgleichen muß sofort mit dem Ausbau der Grenzstation Sniatyn und vor allem des wichtigen Piotrowice begonnen werden.

VII. Investierungspolitik.

1. Großzügige Verteilung von Investitionen mit staatlicher und öffentlicher Bedeutung (neue Eisenbahnlinien, Häfen, Bewirtschaftung staatlicher Forsten), die sich auf langfristige Kredite für den Staat stützen und durch Abkommen mit Kapitalisten des In- und Auslandes beschafft wurden.

2. Die private Initiative auf dem Gebiete der Investitionen von staatlicher und öffentlicher Bedeutung ist gleichfalls mit allen Mitteln zu unterstützen und zu erleichtern.

3. Zum Ausbau der staatlichen Unternehmen muß eine auswärtige Anleihe erzielt werden, was auch die Wirtschaft beleben würde.

VIII. Die Arbeitsgesetzgebung.

In Hinsicht auf die Arbeitszeit müssen Gesetzgebung, Urlaube und Feiertage derartig geregelt werden, daß die Gesamtzahl der Arbeitsstunden im Jahre nicht kleiner ausfällt, wie in den westlichen Industriestaaten. Zu diesem Zweck muß durchgeführt werden:

1. Betreffs der Dauer der Arbeitszeit der Grundsatz der 48stündigen Arbeitswoche, bei Anwendung folgender Bedingungen:
   a) Durchführung nach dem Muster der westlichen Staaten (Frankreich, Italien) des Zeitreglements der tatsächlichen Arbeit und nicht wie es bei uns bisher der Fall war — der Arbeitsbereitschaft.
   b) In Arbeitszweigen, die von der Saison abhängig sind, muß die Zahl der Arbeitsstunden auf eine längere Zeit, als auf eine Woche berechnet werden, wie in Frankreich, Italien und Belgien.
   c) Die Lockerung der Vorschriften über die Überstunden, und zwar:
      aa) Verlängerung der Jahreszahl der Überstunden.
      bb) Festsetzung der Entschädigung für Überstunden um 25 resp. 50 Prozent höher als die normale Bezahlung an Stelle der 50 und 100 Prozent.
      cc) Vereinfachung der Prozedur der Anwendung von Überstunden durch Einführung der Meldepflicht.

Die Postulate über die Wahrung der 48stündigen Arbeitswoche sind abhängig von der Regelung der Vorschriften über die Arbeitszeit in Deutschland, die im Sinne der Washingtoner Konvention vom Jahre 1919 durchgeführt werden soll. Im widrigen Falle wird die polnische Regierung vom Rechte der zeitweiligen Verlängerung der Arbeitszeit Gebrauch machen müssen, das ihr auf Grund des Art. P. „b" in Fällen zusteht, die durch nationale Notwendigkeiten verursacht wurden.

2. Die Urlaube:
   a) Durchführung der gesetzlichen Urlaubsnorm auf sechs zahlbare Tage jährlich, wobei die Möglichkeit der Erteilung von längeren Urlauben durch entsprechende Verträge zwischen Arbeitern und Arbeitgebern gelassen wird.
   b) Die Länge der gesetzlichen Urlaubszeit muß von der Zahl der im Jahre durchgearbeiteten Stunden abhängig gemacht werden.
   c) Durchführung des Grundsatzes, daß die Erteilung des jährlichen Erholungsurlaubes die Jahresarbeitsstunden nicht kürzen darf.

3. Die Feiertage:
   Einschränkung der Zahl der Feiertage auf 10 Tage jährlich, wobei eine größere Zahl der Feiertage die jährlichen Arbeitsstunden nicht verringern darf.

4. Die soziale Versicherung:
   Vereinfachung des Systems der sozialen Versicherungen, vor allem durch Einschränkung ihres Tätigkeitsbereichs auf Bevölkerungsschichten, die die soziale Fürsorge tatsächlich notwendig haben, und durch Zulassung des Systems der vertretenden Versicherungsanstalten.

Plaidoyer im Graff-Prozeß.

Der Staatsanwalt beantragt Todesstrafe.

In dem vor dem Schwurgericht in Stettin seit Wochen geführten Prozeß gegen die drei deutschen Schupobeamten Engeler, Schwirrat und Kaws, die sich selbst gestellt hatten, unter der Angabe, in Hamborn den belgischen Leutnant Graff erschossen zu haben, begannen Mittwoch die Plaidoyers. Bekanntlich hat das belgische Militärgericht in Aachen eine Reihe deutscher Schupobeamten, die mit der Tat nicht das geringste zu tun hatten, wegen des Anschlages mit den schwersten Strafen belegt.

Der Generalstaatsanwalt unterzog in seiner mehr als dreistündigen Anklagerede das belgische Beweismaterial einer scharfen Kritik. Man könne in keinem Falle davon sprechen, daß die vor den belgischen Behörden gemachten Geständnisse unter normalen Verhältnissen zustandekamen. **Durch die Stettiner Verhandlungen sei erwiesen, daß die in Aachen Verurteilten nicht die Täter sind.** In Stettin sei der Alibibeweis der in Aachen Verurteilten völlig gelungen. Besonderen Wert legte der Generalstaatsanwalt auf das Gutachten des belgischen Waffensachverständigen, das zu dem unumstößlichen Schluß kommt, daß die fraglichen Schüsse aus den Waffen von Kaws und Engeler abgegeben sind.

Der Generalstaatsanwalt kam dann zu dem Schluß, daß die drei in Stettin Angeklagten die Tat mit Überlegung ausgeführt haben. Es müsse daraufhin die Strafe ausgesprochen werden, die auf Mord steht. Die Gnade muß derjenigen Behörde überlassen werden, die verfassungsmäßig zur Ausübung befugt ist. Der Generalstaatsanwalt beantragte dann, die drei Angeklagten wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode zu verurteilen, ihnen jedoch die bürgerlichen Ehrenrechte nicht abzuerkennen, da sie aus anderem Holz als gewöhnliche Mörder geschnitzt seien und im Laufe dieses Verfahrens ein großes Maß von Ehrgefühl und Kameradschaft gezeigt hätten.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand die Weichsel betrug am 5. Juli 1924 in Krakau 1,76 (1,58), Zawichost 1,35 (1,43), Warschau 1,45 (1,50), Plock 0,86 (0,9), Thorn 0,94 (1,17), Fordon 1,05 (1,19), Culm 1,02 (1,19), Graudenz 1,08 (1,25), Kurzebrak 1,63 (1,82), Montau 1,08 (1,28), Piekel 1,01 (1,24), Dirschau 1,02 (1,26), Einlage 2,28 (2,22), Schiewenhorst 2,54 (2,15 Meter. Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.

Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.

Wir werden in Anbetracht der Werte, die in Christi Gebot enthalten sind, uns zu dem Mitempfinden gegenüber denjenigen verstehen müssen, mit denen wir zusammenleben, und wir werden viele ihrer Vergehen verzeihen und ihnen die brüderliche Hand drücken. Dadurch verwirklichen wir nur das, was in den schönen und edlen Grundsätzen unserer Konstitution, besonders in den Art. 95 und 109 enthalten ist. Diese Artikel sollten in der Schule, von der Kanzel herab und auch im Sejm wiederholt gelesen werden, damit sie in Fleisch und Blut übergehen, in Herz und Gehirn unseres Volkes dringen. Und wenn dies geschieht, dann werden die Staatsrechtler leicht rechtliche Formen finden.

Fiat lux — möge uns das Licht aufgehen, das von der schöpferischen Wärme herkommt, von der großen Liebe und dem großen Verzeihen. Und so werden wir mit der Zeit Polen auf ein Fundament bringen, das auch die höllische Übermacht nicht unterspült. Justitia est fundamentum regnorum.

Republik Polen.

Das Ermächtigungsgesetz.

Die vereinigte Finanz- und Budgetkommission nahm in ihrer Sonnabendsitzung die letzten Punkte des Ermächtigungsgesetzes mit geringeren Veränderungen an. Damit wurde das Gesetz in zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung findet am Dienstag statt. Das Gesetz über das Spiritusmonopol will der Sejm auf dem Wege der Gesetzgebung regeln. Einer der von der Kommission angenommenen Punkte des Ermächtigungsgesetzes betrifft die Ermächtigung der Regierung, die Zahl der Feiertage zu verringern. Der Antrag eines jüdischen Abgeordneten, die Regierung zu bevollmächtigen, die Sonntagsruhe auch für diejenigen zu regeln, die einen anderen Tag feiern (Sabbat), wurde mit allen Stimmen der polnischen Parteien abgelehnt.

*

Wie aus Warschau gemeldet wird, beabsichtigt die Regierung, demnächst eine Novelle zum Krankenkassengesetz dem Sejm vorzulegen, nach welchem u. a. die Versicherungspflicht enger begrenzt werden soll.

Die Entschädigung der Ansiedler.

In Nr. 153 der „Deutschen Rundschau" hatten wir auf Grund von Mitteilungen, die uns von der Deutschen Fraktion zugegangen waren, nähere Informationen über die Verteilung der Entschädigungssummen an die annullierten deutschen Ansiedler in Polen gegeben. Unsere Notiz muß in ihrem dritten Punkt dahin berichtigt werden, daß die interessierten Ansiedler bereits bis spätestens zum 17. August d. J. (und nicht bis zum 17. September, wie irrtümlich mitgeteilt wurde) ihre Ansprüche im Bureau der Vertrauensperson der polnischen Regierung einbringen müssen. Der Name der Vertrauensperson wurde noch nicht bekanntgegeben. Sobald wir ihn erfahren haben, werden wir ihn unverzüglich mitteilen.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 7. Juli.

Regatta in Brahnau.

Bromberg, 7. Juli. Die mit großer Spannung erwartete diesjährige Ruder-Regatta auf dem Brahnauer Holzhafen bei Bromberg wurde gestern zwischen vier Vereinen des Ruderverbandes Posen-Pommerellen (R.-C. „Frithjof"-Bromberg, R.-V. „Germania"-Posen, R.-C. „Neptun"-Posen und R.-V. Thorn), dem Danziger Ruder-Verein und dem Ruder-Club „Viktoria"-Danzig ausgefahren. Der polnische Ruder-Club in Bromberg „Bydgoskie Towarzystwo Wioślarskie" beteiligte sich an zwei Rennen außer Konkurrenz.

Die Regatta, die nahezu in allen Rennen eine ausgezeichnete sportliche Arbeit der beteiligten Vereine verriet, brachte dem durch die Beschlagnahme seines Bootshauses durch das polnische Liquidationskomitee im Vordergrund des Interesses stehenden R. V. „Germania"-Posen die meisten Siege. Die wackeren Mannschaften dieses Vereins konnten neben dem Verbandsvierer den Schüler-Gig-Vierer und den Ersten Gig-Vierer gewinnen. Die Hauptrennen des Tages, der Erste Vierer und der Achter, wurden nach scharfem Endspurt sehr knapp vom Danziger Ruder-Verein gegen R. C. „Viktoria"-Danzig erkämpft. R. C. „Viktoria" konnte den Junior-Vierer und den Zweiten Vierer für sich entscheiden. Sehr gut behauptete sich auch der R. V. Thorn, der den Jungmannen-Vierer in scharfer Konkurrenz gewann. Im Einer-Rennen siegte Gnossa vom R. C. „Frithjof"-Bromberg vor dem dichtauffolgenden Ciesla desselben Vereins. Der Posener R. C. „Neptun" gewann den Brahe-Vierer. Zwei Rennen: der Doppelzweier ohne Steuermann und der Gig-Doppelzweier mit Steuermann wurden von R. C. „Frithjof"-Bromberg und R. V. „Germania"-Posen kampflos ausgefahren.

Der Regattabesuch wurde durch den starken Regen beeinträchtigt, der vor Beginn der Regatta einsetzte und erst während der letzten vier Rennen durch strahlenden Sonnenschein abgelöst wurde.

Einen ausführlichen Regattabericht werden wir morgen zum Abdruck bringen.

§ **Blitzschlag in das Postgebäude Bahnhofstraße 50.** Am gestrigen Sonntag, nachm. gegen 4 Uhr, fuhr ein Blitzstrahl in das Postgebäude Bahnhofstraße 50 und traf dort den auf dem Hausboden stehenden großer Verteilerapparat des Postamtes, der im Nu, einer riesigen Fackel gleich, in hellen Flammen stand. Die mit pechartigen Substanzen getränkten Isolierungen entwickelten im Augenblick große beißende Rauchmengen. Der Bewohner der oberen 3 Etagen bemächtigte sich eine ungeheure Panik. Schreckensbleich, schreiend und Sachen schleppend liefen sie wirr treppauf und treppab. Dem energischen und umsichtigen Eingreifen des Fabrikbesitzers Carl Bloch gelang es, die Hausgenossen an die Eimer und Wasserleitungen zu bekommen und mittels des ihm so zugetragenen Wassers die Löschung des Brandes zu erreichen. Beim Eintreffen der Feuerwehr war denn auch das Feuer glücklich gelöscht. Nachdem die Wehr sich von der Beseitigung der Gefahr überzeugt hatte, konnte sie wieder abrücken. Herr B. hat bei diesem Rettungswerk leider einige, zum Glück leichte Verletzungen erlitten.

§ **Der Blitzstrahl in der Jesuitenkirche** hat glücklicherweise kein Unheil angerichtet, obwohl gerade zum Frühgottesdienst eine größere Zahl Andächtiger im Gotteshause anwesend war. Alle Kirchenbesucher waren im Augenblicke des Schlages vor Schreck wie betäubt. Bald aber trat Beruhigung ein, und das Gemüt des Einzelnen bewegte der Dank gegen Gott für die Errettung aus Gefahr, und in der Gemeinde fand beim gestrigen Sonntagsgottesdienst dieses Gefühl in besonderen Dank- und Lobliedern Ausdruck.

§ **Sehr jugendliche Fuhrwerklenker** sieht man jetzt häufig in den Straßen. Die Polizei macht darauf aufmerksam, daß nach den geltenden Bestimmungen das Lenken von Fuhrwerken durch Jugendliche unter 16 Jahren streng verboten ist.

§ **Brieftaschendiebstahl.** An der Kasse einer Drogerie in der Friedrichstraße (Długa) wurde einem Herrn seine Brieftasche, die 100 Złoty und seine Ausweispapiere enthielt, gestohlen.

§ **Festgenommen wurden:** acht Betrunkene, neun Sittendirnen, ein Dieb und ein Urkundenfälscher.

§ **Unterschlagung.** In der Fabrik von Eberhard, Berliner Straße 2 (Św. Trójcy) hat ein Büroangestellter 480 Złoty veruntreut. Der Täter ist flüchtig.

§ **Einen Selbstmordversuch** unternahm am Sonnabend abend gegen 3/4 7 Uhr eine gewisse Angiela Krzyzakowna, die sich hier ohne Wohnung aufhält. Von dem Beamten Bembnista vom 2. Kommissariat wurde sie zu einer Vernehmung zur Polizei abgeholt und sprang von der Kaiserbrücke aus in die Brahe. Der Polizeibeamte sprang ihr nach, und es gelang ihm nach großer Anstrengung, die Lebensmüde an das Land zu bringen. Das Mädchen hat bereits am Fronleichnamstage einen ähnlichen Selbstmordversuch unternommen. Sie wurde ins Krankenhaus geschafft.

*

Vereine, Veranstaltungen ıc.

Verband deutscher Handwerker i. P., Ortsgruppe Bromberg. Heute Montag, 7½ Uhr, Zivilkasino (kl. Saal), Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Zahlreiches Erscheinen erbeten. 18628

Kulturfilm-Abt. der Deutschen Bühne Bydgoszcz, T. Z. Vorläufige Mitteilung an die deutschen Vereine. Nächste Veranstaltung für die Mitglieder aller deutschen Vereine am Sonnabend, den 12. Juli. Auch wir müssen uns wohl der leichtbeschwingten Stimmung der Sommerzeit anpassen und bringen deshalb diesmal eine Darbietung von zweiseitigem Charakter: neben einem Fußballsport-Film eine Groteske aus der goldenen Ritterzeit. Näheres wird noch bekanntgegeben. Vorläufig merke man sich das Datum: Sonnabend, den 12. d. M. 18631

* * *

b **Znin, 3. Juli.** Auf dem hier abgehaltenen Kram- und Pferdemarkt wurden folgende Preise gefordert: gute Pferde, 3 Jahre alt, 500 Złoty, mittlere 200—300 Złoty. Der Umsatz war gering, der Auftrieb stark. Kühe waren wegen Lungenseuche nicht aufgetrieben, im Stall kosten dieselben 200—300 Millionen, allerbeste 350 Millionen. Der Krammarkt zeigte ein lebhaftes Treiben, und die Verkäufer kamen gut auf ihre Rechnung. — Der Landwirtschaftliche Verein Kaisersfelde (Dombrowa) unternahm am letzten Sonnabend eine Feldbereisung zu dem benachbarten Verein Schubin, bei welcher auch die Ortschaften Eichenhain und Grünhagen besucht wurden. Abends fand in Schubin (Szubin) eine Festveranstaltung statt.

r. **Schneidemühlchen** (Piłka, Kreis Filehne), 5. Juli. In der heutigen Nacht zog über unsere Gegend ein heftiges Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen. Durch den Sturm ist das Getreide geknickt und gelagert. Dadurch wird der Körnerertrag bedeutend verringert. Auch ist viel Obst von den Bäumen gefallen, teils sind ganze Äste abgerissen worden.

Kleine Rundschau.

* **Gericht über Tolstoi.** Im Leninklub in Moskau wurde dieser Tage an Tolstoi das Strafgericht vollzogen. Als Staatsanwalt fungierte Frau Krupskaja (Lenins Witwe). Nach kurzer Beratung verkündeten die Richter folgendes Urteil: „Der seit 13 Jahren verstorbene frühere Offizier der Zarenarmee, Edelmann und Gutsbesitzer L. N. Tolstoi hat sich schuldig gemacht der Verbreitung von Werken mit kleinbürgerlichen Anschauungen, unter Verschweigen alles dessen, was in irgendeiner Beziehung zur Diktatur des Proletariats steht. In Anbetracht des Umstandes jedoch, daß ihm die großen Ideen des unvergeßlichen Iljitsch (Lenin) unbekannt blieben, hat das Gericht ihm mildernde Umstände zugebilligt und beschlossen: 1. Entfernung seiner am meisten schädlichen Werke aus allen Bibliotheken. 2. Einstampfen dieser Werke. 3. Verwendung des eingestampften Papiers zur Herausgabe der Werke Lenins, Sinowjews und anderer Führer der Weltrevolution. Eine Berufung gegen dieses Urteil ist nicht zulässig." Der „frühere Offizier der Zarenarmee, Edelmann und Gutsbesitzer L. N. Tolstoi" ist jener Leo (Lew Nikolajewitsch) Tolstoi, den die übrige, noch nicht „sowjetistisch" infizierte Welt für einen der größten Dichter und Philosophen aller Zeiten hält.

Handels-Rundschau.

Geldmarkt.

Die Warschauer Börse war am 5. Juli geschlossen, ebenso die Börsen in Krakau und Lemberg.

Amtliche Danziger Devisenkurse vom 5. Juli: In Danziger Gulden wurden notiert für: Banknoten: 100 Rentenmark 138,652 Gd., 139.348 Br., 100 Złoty 111.22 Gd., 111.78 Br., 1 amerikanischer Dollar 5.7755 Geld, 5.8045 Brief. Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25.00 Geld, 25.00 Brief, Berlin 100 Billionen Reichsmk. 137.530 Gd., 138.220 Br., Holland 100 Gulden 217.08 Gd., 218.17 Br., Zürich 100 Franken 102.75 Gd., 103,25 Br., Paris 100 Fr. 29.42 Gd., 29.58 Br., Warschau 100 Złoty 110.22 Gd., 110.78 Br.

Züricher Börse vom 5. Juli. (Amtlich.) Neuyork 5,60½, London 24,25½, Paris 28,22½, Prag 16,43, Italien 23,85, Belgien 25,20.

Die Landesdarlehnskasse zahlte heute für: 1 Goldmark 1,22 Zł., 1 Dollar (gr. Scheine) 1,13—5,16 Zł., kleine Scheine 5,11 Zł., 1 Pfd. Sterling 22,30 Zł., 100 Fr. Franken 25,90 Zł., 100 Schweizer Franken 91,50 Złoty.

Aktienmarkt.

Kurse der Posener Börse. Für nom 1000 Mkp. in Złoty. **Wertpapiere und Obligationen:** 5. Juli. 6proz. Listy zbożowe Ziemstwa Kred. 3.60, Bony Złote 0.70. **Bankaktien:** Bank Centralny 1.—6. Em. 0.75, Bank Przemysłowców 1.—2. Em. (exkl. Kup.) 2.20, Bank Zw. Spółek Zarobk. 1.—11. Em. (exkl. Kup.) 4.10. **Industrieaktien:** H. Cegielski 1.—9. Em. (exkl. Kup.) 0.65, Centrala Rolników 1.—7. Em. (o. Kup.) 0.65, C. Hartwig 1.—6. Em. (o. Bezugsr.) 0.60, Hartwig Kantorowicz 1.—2. Em. 2.50, Hurt. Związkowa 1.—5. Em. (o. Kup.) 0.20, Dr. Roman May 1.—4. Em. (o. Bezugsr.) 19, Papiernia Bydgoszcz 1.—4. Em. (exkl. Kup.) 0.40, S. Pendowski 1.—3. Em. (exkl. Kup.) 0.55, Pozn. Spółka Drzewna 1.—7. Em. (exkl. Kupon) 0.75, „Unja" (früher Bentzki) 1. u. 3. Em. 4.90, Wytwornia Chemiczna 1.—6. Em. (exkl. Kupon) 0.30, Zjed. Browar. Grodziskie 1.—2. Em. (exkl. Kupon) 1.20. — Tendenz: behauptet.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 5. Juli. (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilogr. — Doppelzentner bei sofortiger Waggon-Lieferung in Złoty.)

Weizen 20,50—22,50, Roggen 10,75—11,75, Weizenmehl 36,00 bis 38,00 (65% inkl. Säcke), Roggenmehl 1. Sorte 17,75—19,25 (70% inkl. Säcke), Roggenmehl 2. Sorte 20,50 (65% inkl. Säcke), Gerste 10,80, Braugerste 13,20—14,20, Hafer 12,50—13,50, Roggenkleie 7,50. — Marktlage belebt. — Tendenz: nicht einheitlich.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer in der Zeit vom 3. Juli bis 5. Juli. (Großhandelspreise für 100 Kilogr.) Weizen 20,00—22,50 Złoty, Roggen 10,50 bis 11,50 Złoty, Futtergerste —,——11,00 Złoty, Braugerste 13,00—14,00 Złoty, Felderbsen —,— bis —,— Złoty, Viktoriaerbsen —,— bis —,— Złoty, Hafer 12,20 bis 13,20 Złoty, Fabrikkartoffeln —,— bis —,— Złoty, Heu, lose —,— bis —,— Złoty, do. gepreßt —,— bis —,— Zł., Weizenmehl 70% (inkl. Sack) — bis — Złoty, Roggenmehl 70% (inklusive Sack) —,— bis —,— Zł., Weizenkleie —,— Złoty, Roggenkleie —,— Złoty.

Danziger Getreidenotierungen vom 5. Juli. (Nicht amtlich.) Großhandelspreise waggonfrei Danzig. Weizen 12,00—12,20, Roggen 7,30—7,50, Gerste 7,70—8,10, Hafer 7,50—8,00, kleine Erbsen 7,50—9,50, Viktoriaerbsen 12,00—19,00, Weizenkleie 6,50—9,00, Roggenkleie 7,50—9,00.

Berliner Produkten heute nicht notiert.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.
Hierzu: „Der Hausfreund" Nr. 60.

Das Stammbuch.

Von **Rudolf Greinz.**

Mein achtjähriges Töchterl hat sich ein Stammbuch zugelegt, ein Poesie-Album. Das war furchtbar notwendig. Namentlich in diesem jugendlichen Alter. Erstens sind Stammbücher überhaupt von ungeheurer Wichtigkeit für die Entwickelung des Menschen und zweitens kann der Sinn für Poesie und im Zusammenhang damit die Begeisterung für alles Schöne in der Seele des Kindes nie früh genug geweckt werden. Das sehe ich alles vollkommen ein. Zuerst sah ich es nicht ein. Aber ich habe es mir nachträglich so konstruiert. Weil ich zuerst nicht dieser Meinung war, trage ich auch nicht die geringste Schuld daran, daß sich mein Töchterl ein Stammbuch angeschafft hat. Die Schuld trifft einzig und allein die Lotte Feldner, ihre Schulfreundin. Die hat nämlich auch ein Stammbuch.

Seit mehr als drei Monaten liegt besagtes Stammbuch in einer dunkeln verschwiegenen Ecke meines Schreibtisches. Ich soll es eröffnen. Seit mehr als drei Monaten arbeite ich an dieser Eröffnung. Ich habe mir die Sache viel einfacher vorgestellt. Sonst hätte ich mich von allem Anfang an geweigert. Denn gescheiter gleich ein Verdruß, als nachträgliche Verdrießlichkeiten. So bin ich natürlich in die Falle gegangen.

„Papa, du mußt mir was Schönes in das Stammbuch schreiben!" . . . Selbstverständlich war ich sofort dazu bereit. Auch die Mama hielt das für eine Selbstverständlichkeit, daß ich als der Vorstand der Familie das Stammbuch eröffne.

Am nächsten Tag wurde ich schon gedrängt: „Papa, hast du mir was ins Stammbuch geschrieben?" Ich hatte noch nichts geschrieben. Diese tägliche Mahnung erstreckte sich durch mindestens drei Wochen. Ich hatte noch immer nichts in das Stammbuch geschrieben. Auch meine Frau meinte, ich möchte doch endlich den Wunsch der Kleinen erfüllen. Als wenn das so leicht gewesen wäre.

Mir fiel absolut nichts ein. Was sollte ich ihr auch in's Stammbuch schreiben. Schließlich erklärte ich meiner Frau, ich werde ihr halt irgend einen Unsinn hineinschreiben.

Das ginge nicht, sagte meine Frau. Denn die Lehrerin müsse auch in das Stammbuch schreiben und die Klavierlehrerin auch, und unser Fräulein ebenfalls und der Turnlehrer und der Eislauflehrer. Ich begann es also einzusehen, daß ich mich unmöglich blamieren durfte.

Da mir selbst nichts einfiel, begann ich an literarischen Diebstahl zu denken. Ich ließ zunächst sämtliche Schnadahüpfeln Revue passieren, die mir in Erinnerung waren. Es war nichts geeignetes darunter. Dann verlegte ich mich auf das klassische Repertoire. Da meinte aber mein Frau, es ginge wieder nicht, weil man doch von mir etwas Eigenes erwarte.

Ich legte mir nun nach dem Muster von College Crampton eine heimliche Cognacflasche zu, weil ich hoffte, daß ich dadurch irgendwelche Inspiration erhalten würde. Es war umsonst. Aber den Cognac habe ich mir unheimlich rasch angewöhnt. Meine Frau erklärte mir eines Tages, daß sie schon als Mädchen einen unüberwindlichen Abscheu vor Trinkern besessen habe. Ich berief mich auf das Stammbuch, begegnete jedoch nur einem ungläubigen Lächeln.

Jetzt bitte ich Sie: Was soll man einem achtjährigen Mädchen in's Stammbuch schreiben, wenn man noch dazu sein Erzeuger ist und die Kritik verschiedener Respektpersonen zu gewärtigen hat, deren Geschmäcker total verschieden sind! Denn der Turnlehrer hat doch unbedingt einen anderen Geschmack, als das Klavierfräulein. Und der Geschmack des Eislauflehrers dürfte sich wahrscheinlich nicht mit demjenigen der Fachlehrerin decken.

Es ist direkt zum Verrücktwerden! Ich bin es noch nicht geworden. Aber tiefsinnig bin ich geworden. Eine unheimliche Melancholie hat sich meiner Seele bemächtigt. Einerseits ist der Cognac daran Schuld. Andererseits weiß ich es, daß mich mein eigenes Fleisch und Blut im Innern verachtet. Diese Verachtung hat übrigens schon offenen Ausdruck gefunden. Mein Töchterl drangsaliert mich schon seit langem nicht mehr mit dem Stammbuch. Aber sie denkt sich ihren Teil. Neulich, als ich gerade über einer neuen Novelle brütete, kam sie in mein Zimmer geschlichen, sah mir eine Weile zu, wie ich, den Kopf in die Hände gestützt, über dem Papier saß und nichts schrieb, und hüpfte dann übermütig von einem Bein auf das andere.

Dabei kreischte sie schadenfroh: „Der Papa bringt nichts zusammen!" . . . Ich warf ihr empört den Papierkorb nach. Sie war aber schon bei der Tür draußen und rief es nun durch den ganzen Korridor: „Der Papa bringt nichts zusammen!"

An diesem Tage hatte ich eine ernstliche Auseinandersetzung mit meiner Frau, in der die Erziehungsfrage eine Hauptrolle spielte. „Es ist aber auch wahr!" erklärte meine Frau. „Jetzt hältst du den armen Wurm schon über ein Vierteljahr hin!" . . . Ich stand also schließlich doch wieder als der Rabenvater da.

Gestern bin ich an den Gardasee gefahren. Ich brauche unbedingt Erholung. Das Stammbuch hat mir meine Frau in den Koffer gepackt. „Vielleicht fällt dir da drunten was ein!" Mir wird natürlich nichts einfallen. Auch da drunten nicht.

Ich sehe nur noch zwei Wege der Rettung vor mir. Entweder sende ich meiner Frau das Stammbuch zurück und verzichte für alle Zukunft feierlich auf meine Vaterrechte. Oder es fällt jemand anderm was ein. In dieser egoistischen Absicht habe ich obigen Artikel geschrieben. Ich wende mich an das mitfühlende Herz meiner Kollegen und Kolleginnen. Vielleicht weiß wer davon, was man einem achtjährigen Mädchen unter den geschilderten Komplikationen ins Stammbuch schreiben soll. Ich wäre für jeden poetischen Erguß aufrichtig dankbar und verpflichte mich, sofort ein Plagiat zu begehen, wenn ich dadurch aus meiner keineswegs beneidenswerten Lage befreit werde.